# Prüfungsarbeit eines Bewerbers C

verwendete Abkürzungen

Art. Artikel
R Regel
(Art., R ohne nähere Angabe beziehen sich auf das EPÜ)
Tiefgestellte Römische Zahlen indizieren den Absatz
S. Seite
Z. Zeile
Anl. Anlage
Abs. Absatz

**Tatsachenvorbringen und Begründung**

Der Einspruch stützt sich auf folgende Unterlagen:

- Anlage 2 (deutsch), veröffentlicht April 98

- Anlage 3 (englisch), Anmeldetag 6.5.98, Veröffentlichung 10.11.99
Es wird davon ausgegangen, dass die Benennungsgebühren betreffend diese EP-Anmeldung fristgerecht zumindest für die im Streitpatent benannten Staaten entrichtet wurden. Die Einsprechende behält sich vor, entsprechende Nachweise nachzureichen, vgl. Art. 54 III, IV, R23a EPÜ. Alle im Streitpatent benannten Staaten sind auch in Anlage 3 benannt.

- Anlage 4 (deutsch), veröffentlicht 14.4.93

- Anlage 5 (englisch) vom 5.10.1998
Die Anlage 5 wurde von Mr. W. Hansen während der Anreise zur „Interkunststoff"-Messe (12.-14.10.1998) in Amsterdam Herrn Claus Sandler und zwei weiteren Mitarbeitern der Allplast GmbH ohne jegliche Geheimhaltungsverpflichtung gezeigt.

Ein Vortrag des amerikanischen Anwalts ist grundsätzlich möglich, vgl. Richtlinien E III 8.5 und G4/95. Wir müssen dazu

1) beantragen, dass er vortragen darf. Dieser Antrag muss durch einen zugelassenen Vertreter gestellt werden. Ich werde das übernehmen.

2) Der Antrag muss so rechtzeitig vor der mündlichen Verhandlung erfolgen, dass noch eine Stellungnahme möglich ist.

3) Wir müssen das EPA überzeugen, dass die Ausführungen des amerikanischen Anwalts unter der ständigen Verantwortung des zugelassenen Vertreters (=ich) erfolgt. Das sollten wir leisten können.

Bitte beachten Sie, dass aus der Anwaltsstellung des Amerikaners keine Besonderheiten erwachsen. Ein Rechtsanspruch auf seinen Vortrag besteht nicht, es bleibt eine Ermessensentscheidung des EPA. Die besondere Sachkunde wird aber sicher helfen, denn die Ermessensentscheidung wird die Sachdienlichkeit seines Vortrags mit berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Ambo

(Dr. R. Ambo, zugelassener Vertreter)

Anlage: Kopie des Einspruchsschriftsatzes

Beweis: Zeugnis von W. Hansen, Claus Sandler, N.N., N.N., zu laden über die Einsprechende.
Damit wurde der Inhalt der Anlage 5 offenkundig gemäß Art. 54 II EPÜ. Auf den Verfasser der Anlage 5 kommt es dann nicht mehr an.
Das Bekanntwerden erfolgte auch mehr als 6 Monate vor dem Anmeldetag des Streitpatents (Art. 55 I a) EPÜ, G3/98, G2/99), so dass eine außer Betrachtlassung nicht angezeigt ist.

- Anlage 6 (deutsch), veröffentlicht 19.6.95

Prioritätslage

Im Prioritätsdokument war der Rückbezug vom Anspruch 3 auf Anspruch 1 in den Ansprüchen nicht vorhanden. Im übrigen sind Prioritätsdokument und Streitpatent identisch.

Ein hufeisenförmiger Schlauchquerschnitt war im Prioritätsdokument nur in Zusammenhang mit Folien offenbart, welche eine thermisch wiederherstellbare Form besitzen:
„Damit die Folie verformt werden kann, so wie es nachfolgend beschrieben ist, muss sie so hergestellt worden sein, dass ihre ursprüngliche Form thermisch wiederherstellbar ist“ (Streitpatent, S. 5, Z. 3-5)

Die Hufeisenform wurde also nur bei Formgedächtnis-Materialien beschrieben.

Damit ist eine „nicht-Formgedächtnis“-Folie [dem Prioritätsdokument] nicht unmittelbar und eindeutig der Prioritätsanmeldung als Ganzes zu entnehmen (vgl. G2/98), und „dieselbe Erfindung“ gemäß Art. 87 I EPÜ liegt bei Anspruch 3, soweit auf Anspruch 1 rückbezogen, nicht vor.

Damit hat Anspruch 3 im Rückbezug auf Anspruch 1 nur den Zeitrang des Anmeldetags (26.11.99), und Anlage 3 ist diesbezüglich Stand der Technik gemäß Art. 54 II EPÜ.

Die übrigen Ansprüche haben den Zeitrang des Priotages (27.11.98). Hierfür ist Anlage 3 Stand der Technik nach Art. 54 III, IV EPÜ.

Anspruch 1

Neuheit gegenüber Anlage 3 (Art. 54 III, IV)

Vorbemerkung: Der Begriff „Folie“ ist im Streitpatent nicht näher erläutert, insb. nicht bezüglich einer Dicke. Daher ist der Begriff „Folie“ breit auszulegen und umfasst jegliches flächiges, flexibles Material (wie etwa Kunststoff-Schläuche).

Anlage 3 offenbart ein Verfahren zum Auskleiden eines Abwasserrohrs 31 (Titel, „sewer pipe“ S. 23, Z. 4), mit einer schlauchförmigen Folie 32 (elastic liner tube, S. 23, Z. 4-5). Der Außendurchmesser der Folie D1 entspricht im Wesentlichen dem Innendurchmesser des Abwasserrohrs („substantially equal“, claim, auch S. 23, Z. 5).
(i) Die Form der schlauchförmigen Folie wird verändert, um ein Einführen in das Abwasserrohr zu ermöglichen („to facilitate insertion...the outer diameter is reduced...by elastically deforming the liner tube 32“ S. 23, Z. 8-10).
(ii) Die schlauchförmige Folie in veränderter Form (32’) wird in das auszukleidende Rohr eingeführt (S. 23, Z. 18-19).
(iii) Dann wird die ursprüngliche Folienform wiederhergestellt („springs back to its original circular cross-section“ S. 23, Z. 23-24).

Damit ist Anspruch 1 nicht neu gegenüber Anlage 3.

Neuheit gegenüber Anlage 4 (Art. 54 II)

Anlage 4 offenbart ein Verfahren zum Auskleiden eines Abwasserrohrs 41 (S. 27, Z. 9), vgl. Titel, mit einer schlauchförmigen Folie (Auskleidungsschlauch 43). Der Außendurchmesser der Folie entspricht im Wesentlichen dem Innendurchmesser des Abwasserrohrs (S. 27, Z. 13-15).
(i) Die Form der schlauchförmigen Folie wird verändert, um ein Einführen in das Abwasserrohr zu ermöglichen (S. 27, Z. 19-20 zur Verkleinerung des Schlauchdurchmessers, und S. 27, Z. 24-25 „um das Einführen des Auskleidungsschlauchs zu ermöglichen“).
(ii) Dann wird die schlauchförmige Folie in veränderter Form („Verkleinerter Schlauch“ 43’, Anspruch) in das auszukleidende Abwasserrohr eingeführt (vgl. Anspruch).
(iii) Dann wird die ursprüngliche Folienform wiederhergestellt („nimmt...ursprüngliche Form an“ S. 28, Z. 7-8).

Damit ist Anspruch 1 nicht neu gegenüber Anlage 4.

Anspruch 2

Fehlende erfinderische Tätigkeit gegenüber Anlage 4 / Anlage 2 (Art. 56)

Anlage 4 beschreibt als einziges Dokument ein Verfahren zum Auskleiden eines Abwasserrohrs, bei dem ein Formgedächtnismaterial zum Einsatz kommt. Daher wird Anlage 4 als nächstliegender Stand der Technik angesehen.

Anlage 4 beschreibt ein Verfahren mit allen Merkmalen des Anspruchs 1 des Streitpatents (s. oben bei Anspruch 1).
Die schlauchförmige Folie 43 besteht aus einem Material, dessen Form thermisch wiederherstellbar ist (S. 27, Z. 11-13). Schritt (i) erfolgt bei einer Temperatur oberhalb der Aktivierungstemperatur des Materials (S. 27, Z. 17-18). Die veränderte Form (43') der schlauchförmigen Folie wird durch Abkühlen auf eine Temperatur unterhalb der Aktivierungstemperatur des Materials fixiert (S. 27, Z. 28-29). Schritt (iii) wird durch Erhitzen der schlauchförmigen Folie auf eine Temperatur oberhalb der Aktivierungstemperatur des Materials ausgeführt (S. 28, Z. 2-3).

Davon unterscheidet sich Anspruch 2 dadurch, dass in Schritt (iii) Heißluft eingeblasen wird. Anlage 4 sieht hingegen eine Infrarotlampe vor.

Der technische Effekt der Heißluft ist ein einfaches und gleichmäßiges Erhitzen der schlauchförmigen Folie beim Rückgewinnen der Form.

Damit besteht ausgehend von Anlage 4 die Aufgabe, beim Rückgewinnen der Form der schlauchförmigen Folie ein einfaches und gleichmäßiges Erhitzen zu gewährleisten.

Anlage 2 beschäftigt sich mit Kunststoffteilen mit Formgedächtnis, insbesondere auch Schläuchen (S. 9, Z. 22). Zum Rückgewinnen der Form kann jede geeignete Wärmequelle verwendet werden (S. 9, Z. 32). Ausdrücklich als Alternativen werden Infrarotstrahler und ein heißer Luftstrom genannt (S. 9, Z. 33). Dann liegt es aber für den Fachmann nahe, die in Anlage 2 genannte Alternative zum Infrarotstrahler (aus Anlage 2) aufzugreifen, wodurch er zum Gegenstand des Anspruchs 2 gelangt. Anlage 2 würde wegen des verwandten Themengebiets auch ohne weiteres herangezogen.

Damit beruht Anspruch 2 aber nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit gegenüber der Kombination von Anlage 4 und Anlage 2.

Anspruch 3 rückbezogen auf Anspruch 1

Fehlende Neuheit gegenüber Anlage 3 (Art. 54 III)

Anlage 3 zeigt alle Verfahrensmerkmale von Anspruch 1 (s. oben).
Weiterhin wird die Form der schlauchförmigen Folie 32 verändert, indem sie in eine etwa hufeisenförmige Querschnittsform gebracht wird („horseshoe-shaped cross-section“, S. 23, Z. 10-11, Fig. 2, 3).

Damit ist Anspruch 3 rückbezogen auf Anspruch 1 nicht neu gegenüber Anlage 3.

Fehlende erfinderische Tätigkeit gegenüber Anlage 4 /Anlage 5

Anlage 4 ist das einzige zur Verfügung stehende Dokument, das ein Verfahren zum Auskleiden eines Abwasserrohrs beschreibt. Es wird daher als nächstliegender Stand der Technik angesehen.

Anlage 4 beschreibt alle Verfahrensmerkmale gemäß Anspruch 1 (siehe oben).

Davon unterscheidet sich der fragliche Gegenstand durch eine hufeisenförmige Querschnittsform der schlauchförmigen Folie im Zwischenstadium.

Der technische Effekt hiervon ist eine Reduktion der maximalen Außenabmessung um etwa 20-30% (Streitpatent S. 5, Z. 16-17).

Damit stellt sich ausgehend von Anlage 4 die Aufgabe, den Außendurchmesser der schlauchförmigen Folie im Zwischenstadium zu verkleinern, insbesondere um das Einführen ins Abwasserrohr zu erleichtern.

In Anlage 4 wird der Außendurchmesser der schlauchförmigen Folie durch Streckung (S. 27, Z. 21) in axialer Richtung erreicht. Der Außendurchmesser kann so um 10% verkleinert werden, was in den meisten Fällen ausreicht, um das Einführen des Auskleidungsschlauchs in das Rohr zu ermöglichen (S. 27, Z. 23-25).
Im Umkehrschluss wird der Fachmann darauf hingewiesen, dass wenn 10% nicht reichen, er andere Verkleinerungsmöglichkeiten suchen muss.

Anlage 5 beschäftigt sich wie Anlage 4 mit Kunststoffröhren („tubings“ Abs. 1), die durch Wärmebehandlung ihre Form wiedergewinnen. Dort werden grob U-förmige Röhren im Zwischenstadium beschrieben, die relativ kleine Außendurchmesser haben (S. 18, 2. Absatz Z. 2). Insbesondere wird Transport und Lagerung vereinfacht (S. 18, 2. Abs.). Das Einführen der schlauchförmigen Folie in das Abwasserrohr ist ein Transportvorgang, der durch kleineren Außendurchmesser vereinfacht werden kann. Daher würde der Fachmann in Hinblick auf Anlage 5 den Außendurchmesser der schlauchförmigen Folie durch U-förmigen Querschnitt verkleinern. U-form ist nichts anderes als „in etwa Hufeisenförmig“.

Dann aber beruht Anspruch 3 in Rückbezug auf Anspruch 1 nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit in Hinblick auf Anlage 4 in Kombination mit Anlage 5.

Anspruch 3 in Rückbezug auf Anspruch 2

Fehlende erfinderische Tätigkeit Anlagen 4 / 5 / 2 (Art. 56)

Einziger verfügbarer Stand der Technik, der ein Verfahren zum Auskleiden eines Abwasserrohrs beschreibt, ist Anlage 4. Diese ist somit nächstkommender Stand der Technik.

Von Anlage 4 unterscheidet sich der fragliche Gegenstand durch
a) das Einblasen von Heißluft (vgl. bei Anspruch 2 oben), und
b) die Hufeisenform der schlauchförmigen Folie im Zwischenstadium (vgl. dazu Anspruch 3 in Rückbez. zu Anspr. 1)

Aus den Unterschieden a) und b) ergeben sich jeweils die oben beschriebenen Aufgaben, die völlig unabhängig voneinander sind: die leichtere Einführbarkeit gemäß b) hat nichts mit der Art der Erwärmung nach a) zu tun.
Daher können die beiden Unterschiede und Aufgaben getrennt behandelt werden.

Unterschied a) führt aber nicht zur erfinderischen Tätigkeit, vgl. Kombination von Anlage 4 mit Anlage 2 (Anspruch 2 oben)
Unterschied b) führt ebenfalls nicht zu einer erfinderischen Tätigkeit, vgl. Kombination von Anlage 4 mit Anlage 5 (Anspruch 3 in Verbindung mit Anspruch 1 oben).

Anspruch 4

Vorbemerkung: Das Merkmal „ zum Auskleiden eines Rohres“ ist eine nicht einschränkende Zweckangabe, die gelesen werden muss als „geeignet zum...“

Fehlende Neuheit gegenüber Anlage 2 (Art. 54 II)

Anlage 2 beschreibt schlauchförmige Folien (Schlauch S. 22), die geeignet sind zum Auskleiden eines Rohres (Zum Begriff „Folien“ siehe Vorbemerkung zu Anspruch 1). Die schlauchförmige Folie enthält Polyolefinmaterial (Polyethylen, S. 9, Z. 6, ist gemäß Streitpatent S. 5, Z. 3 ein Polyolefin) mit thermisch wiederherstellbarer Form („Formgedächtnis“ Z. 7-9).

Damit ist Anspruch 4 nicht neu gegenüber Anlage 2.

Fehlende Neuheit gg. Anlage 3 (Art. 54 III)

Anlage 3 offenbart eine schlauchförmige Folie („elastic liner tube“ 32) geeignet zum Auskleiden eines Rohres (vgl. Titel). Die schlauchförmige Folie enthält ein Polyolefinmaterial (polyethylene, S. 23, Z. 6) mit thermisch wiederherstellbarer Form (Anspruch 4 verlangt nicht, dass das Material selbst thermisch behandelt werden muss. In Anlage 3 erhitzt ein Draht 34 den Mantel („sleeve“) 33, sodass der deformierte Schlauch elastisch zurückspringt, wenn der Mantel 33 reißt, vgl. S. 23, Z. 22-24).

Damit ist Anspruch 4 nicht neu gegenüber Anlage 3.

Fehlende Neuheit gegenüber Anlage 5 (Art. 54 II)

Anlage 5 beschreibt eine schlauchförmige Folie (tubing, 1.Abs.) geeignet zum Auskleiden eines Rohres. Die schlauchförmige Folie enthält ein Polyolefinmaterial (polyethylene, 1.Abs.) mit thermisch wiederherstellbarer Form („recovers its form in response to heat“, 1. Abs.).

Damit ist Anspruch 4 nicht neu gegenüber Anlage 5.

Neuheit (fehlende) gegenüber Anlage 4

Anlage 4 offenbart eine schlauchförmige Folie (Auskleidungsschlauch 43) geeignet zum Auskleiden eines Rohres (Titel). Die schlauchförmige Folie enthält Polyolefinmaterial (S. 27, Z. 12) mit thermisch wiederherstellbarer Form (S. 27, Z. 12-13).

Damit ist Anspruch 4 nicht neu gegenüber Anlage 4.

Anspruch 5

Vorbemerkung: Anspruch 5 ist ein Vorrichtungs (=Stoff)-Anspruch, in dem ein Verfahrensmerkmal steht: („hergestellt mit dem Verfahren gemäß Anspruch 2“). Gemäß T150/82 wird ein Erzeugnis nicht schon deshalb neu, weil es mit einem (möglicherweise) neuen Verfahren hergestellt ist. Gemäß T 141/93 kann ein Verfahrensschritt im Sachanspruch nur über bauliche Effekte („product by process“) Neuheit etablieren, vgl. auch T815/93.
Die einzigen baulichen Effekte des obigen Verfahrensmerkmals sind, dass (1) die schlauchförmige Folie aus einem Material besteht, dessen Form thermisch wiederherstellbar ist, und (2) der Außendurchmesser der Folie im Wesentlichen dem Innendurchmesser des Abwasserrohrs entspricht.

Daher wird das Verfahrensmerkmal im Anspruch 5 wie oben erläutert gelesen!

Fehlende Neuheit gegenüber Anlage 4 (Art. 54 II)

Anlage 4 offenbart ein Abwasserrohr 41, ausgekleidet mit einer schlauchförmigen Folie (Auskleidungsschlauch 43, Fig. 4). Die schlauchförmige Folie besteht aus einem Material, dessen Form thermisch wiederherstellbar ist (S. 27, Z. 11-13, baulicher Effekt (1)). Weiterhin ist der Außendurchmesser der schlauchförmigen Folie im Wesentlichen entsprechend dem Innendurchmesser des Abwasserrohrs (S. 27, Z. 13-15, baulicher Effekt (2)).

Damit ist Anspruch 5 nicht neu gegenüber Anlage 4.

Anspruch 6

Fehlende gewerbliche Anwendbarkeit (Art. 57, Art. 52 IV)

Verfahren zur chirurgischen oder therapeutischen Behandlung des menschlichen Körpers gelten als nicht gewerblich anwendbar (Art. 52 IV), und daher sind sie nicht patentierbar (Art. 52 I EPÜ).

Verwendungen gehören zur Kategorie der Verfahrensansprüche. Die Verwendung einer schlauchförmigen Folie zum Implantieren in verletzte Arterien oder Venen von Patienten (vgl. Anspruch 6) ist nichts anderes als eine chirurgische und therapeutische Behandlung des Patienten.

Die Ausnahme des Art. 54 IV Satz 2, [wonach] Erzeugnisse zur Anwendung in vorstehend genannten Verfahren, trifft nicht zu. Dazu hat G 6/83 ausgeführt:
Ein Patent kann nicht erteilt werden für therapeutische Behandlung „Verwendung von Stoff X zur Behandlung von Y“.

Genau das beansprucht aber Anspruch 6, mit

X: schlauchförmige Folie (...), und

Y: verletzte Venen, Arterien.

Gemäß G6/83 wäre aber zulässig:
„Verwendung des Stoffes X zur Herstellung eines Medikaments (oder Implantats) zur Behandlung von Y.

Dieser Herstellungszwischenschritt fehlt aber. Zulässig wäre also gewesen:
Verwendung einer schlauchförmigen Folie mit Formgedächtniseigenschaften zur Herstellung eines Stents zur Behandlung verletzter Arterien oder Venen eines Patienten“.

So hat aber Anspruch 6 das chirurgische/therapeutische Verfahren selbst (nur ausführbar von Ärzten) beansprucht, was nicht zulässig ist.

Hilfsweise: fehlende erfinderische Tätigkeit gegenüber Anlagen 4, 6

Aus Anlage 6 ist die Verwendung des biokompatiblen Formgedächtnismaterials „Bioshrink“ bekannt.

Davon unterscheidet sich Anspruch 6 durch die Schlauchform und die Verwendung bei Arterien/Venen.

Aufgabe ist es daher, eine Gestalt für neue Verwendungen zu finden.

Anlage 4 beschreibt den Einsatz bei Rohren. Verletzte Venen und Arterien sind leckenden Rohren sehr ähnlich. Es kann beidenfalls nachträglich von innen das Leck verschlossen werden. Venen und Arterien sind aber in Menschen sehr häufig, und an den Menschen denkt man wegen der Biokompatibilität in Anlage 6.

Es wird auf die Einspruchsformblätter (ohne Seitennummerierung) verwiesen.

# Einspruch gegen ein europäisches Patent

An das
Europäische Patentamt

Tabulatoren-Positionen

**nur für EPA**

## I. Angegriffenes Patent

Einspr.-Nr. OPPO (1)

| | |
|---|---|
| **Patentnummer** | EP 1 011 743 B1 |
| **Anmeldenummer** | 99123321.4 |
| **Tag des Hinweises auf Erteilung (Art.97(4), 99(1) EPÜ)** | 16.06.2004 |

**Bezeichnung der Erfindung (Titel):** Auskleidung und Verfahren zur Auskleidung

## II. Patentinhaber

In der Patentschrift als erster/einziger genannter

USE Kunststofftechnik GmbH
20024 Hamburg, DE

Zeichen des Einsprechenden oder Vertreters (maximal 15 Positionen) OREF

## III. Einsprechender

OPPO (2)

**Name** ALPLAST GmbH

**Anschrift** Am Alsterwasser 1
20149 Hamburg

**Staat des Wohnsitzes oder Sitzes** Deutschland

**Telefon/Telex/Telefax**

**Gemeinsamer Einspruch** ☐ Miteinsprechende siehe Zusatzblatt

## IV. Bevollmächtigung

1. **Vertreter** OPPO (9)
(Nur einen Vertreter angeben, dem zugestellt werden soll)

**Name** Dr. R. Ambo

**Geschäftsanschrift** Hauerstr. 47
81547 München

**Telefon/Telex/Telefax**

**Weitere zugelassene Vertreter** ☐ (siehe Zusatzblatt/Vollmacht) OPPO (5)

2. **Angestellte(r)** des Einsprechenden, die/der für dieses Einspruchsverfahren gemäß Art. 133(3) EPÜ bevollmächtigt werden/wird — Name(n):

**Vollmacht(en)** ☒ nicht erforderlich

**Zu 1./2.** ☐ registriert unter Nr.

☐ beigefügt

nur für EPA

## V. Der Einspruch richtet sich gegen das erteilte Patent

— im gesamten Umfang ☒

— im Umfang der Ansprüche Nr.

## VI. Einspruchsgründe:

**Der Einspruch wird darauf gestützt, daß**

(a) der Gegenstand des europäischen Patents nicht patentfähig ist (Art. 100(a) EPÜ), weil er

— nicht neu ist (Art. 52(1); 54 EPÜ) ☒

— nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit beruht (Art. 52(1): 56 EPÜ) ☒

— aus sonstigen Gründen nämlich: Art. 52 IV i.V.m. Art. 57 ☒

von der Patentierbarkeit ausgeschlossen ist.

(b) das europäische Patent die Erfindung nicht so deutlich offenbart, daß ein Fachmann sie ausführen kann (Art. 100(b) EPÜ, vgl. Art. 83 EPÜ). ☐

(c) der Gegenstand des europäischen Patents über den Inhalt der Anmeldung/der früheren Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht (Art. 100(c) EPÜ, vgl. Art. 123(2) EPÜ). ☐

## VII. Tatsachenvorbringen und Begründung

(Regel 55(c) EPÜ)
erfolgt auf gesondertem Schriftstück (Anlage 1) ☒

## VIII. Sonstige Anträge:

Hilfsweise mündliche Verhandlung, falls Widerruf nicht im schriftlichen Verfahren erfolgen kann.

## IX. Beweismittel

nur für EPA

Beigeschlossen = ☐

wird / werden nachgereicht = ☐

A. **Veröffentlichungen:** | Datum der Veröffentlichung

1

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

2

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

3

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

4

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

5

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

6

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

7

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

Fortsetzung auf Zusatzblatt ☐

B. **Sonstige Beweismittel**

Weitere Angaben auf Zusatzblatt ☐

nur für EPA

## X. Zahlung der Einspruchsgebühr erfolgt

☒ wie auf beigefügtem Gebührenzahlungsvordruck (EPA Form 1010) angegeben

☐

## XI. Liste der Unterlagen:

| Anlage Nr.: | | | Stückzahl: | |
|---|---|---|---|---|
| 0 | ☒ | Einspruchsformblatt | 2 | (mind. 2) |
| 1 | ☒ | Tatsachen und Begründung (s. VII.) | 2 | (mind. 2) |
| 2 | | Kopien von als Beweismittel angegebenen (s. IX.) | | |
| 2a | ☒ | — Veröffentlichungen | 2 | (mind. je 2) |
| 2b | ☐ | — sonstigen Unterlagen | | (mind. je 2) |
| 3 | ☐ | Unterzeichnete Vollmacht(en) (s. IV.) | | |
| 4 | ☒ | Gebührenzahlungsvordruck (s. X.)* | 1 | |
| 5 | ☐ | Scheck | | |
| 6 | ☐ | Zusatzblatt (Zusatzblätter) | | (mind. je 2) |
| 7 | ☐ | Sonstige Unterlagen (bitte einzeln anführen): | | |

## XII. Unterschrift des Einsprechenden oder Vertreters

Ort München

Datum 10.03.2005

*Ambo*

(Dr. R. Ambo)

(Zugelassener Vertreter)

Name des (der) Unterzeichneten bitte in Druckschrift wiederholen. Bei juristischen Personen bitte die Stellung des (der) Unterzeichneten innerhalb der Gesellschaft in Druckschrift angeben

**Schreiben an den Mandanten**

An ALLPLAST GmbH
Am Alsterwasser 1
20149 Hamburg

Sehr geehrter Herr Sandler,

weisungsgemäß haben wir Einspruch gegen EP-B-1011743 eingelegt, vgl. Anlage (Kopie des Einspruchs).
Zur Prioritätslage siehe Anlage.

Anlage 5 ist unserer Ansicht nach ein verwendbarer Stand der Technik. Zwar hat der Autor des Briefs gegen den Willen des Patentanmelders und unter Ausnutzung eines Vertrauensverhältnisses Erfindungsteile bekannt gemacht, und er hat dabei zumindest Nachteile für seine Firma in Kauf genommen („offensichtlicher Missbrauch“ gemäß T173/83). Der Missbrauch fand aber schon am 5.10.98, also mehr als 1 Jahr vor der EP-Anmeldung statt. Dann ist aber Art. 55 I a) EPÜ nicht mehr anwendbar, denn der Missbrauch müsste maximal 6 Monate vor der EP-Anmeldung stattgefunden haben. Auf den Priotag kommt es nicht an (G3/98, G2/99).

Der Einspruch erfasst alle Vertragsstaaten, in denen das europäische Patent Wirkung hat (Art. 99 II EPÜ). Daher kann der Einspruch nicht auf Deutschland, Italien und Spanien beschränkt werden.

Im Einspruchsverfahren ist mangelnde Einheitlichkeit, vgl. Art. 82 EPÜ, kein Einspruchs- oder Widerrufsgrund, vgl. die abschließende Liste in Art. 100 EPÜ, die mangelnde Einheitlichkeit nicht enthält. Dies haben auch die Entscheidungen T162/85, G1/91 bestätigt. Insofern ist es für den Einspruch unerheblich, dass Anspruch 6 eventuell eine andere Erfindung betrifft als der Rest des Patents.